

**Offener Brief
An die Bürgerschaft und den 1. Bürgermeister
der Freien und Hansestadt Hamburg**

**Resolution des Fakultätsrats und des Dekanates der Fakultät
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg
vom 18.5.2011**

Der Fakultätsrat und das Dekanat der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg haben die Kürzungspläne des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg mit Entsetzen zur Kenntnis genommen. Die geplanten Kürzungen sind vor dem Hintergrund umso gravierender, dass Hamburg bereits heute bundesweit Schlusslicht bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung ist. Der Senat hat sich offenbar von der Aufrechterhaltung und dem Ausbau des seit längerem deutlich unterfinanzierten Wissenschaftsstandortes Hamburg und damit von einer qualitativ hochwertigen wie quantitativ der Größe Hamburgs angemessenen Bildung und Ausbildung des akademischen Nachwuchses im Sinne der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft insgesamt verabschiedet. Dies steht in eklatantem Widerspruch zu den Wahlversprechen und Absichtserklärungen (Unser Hamburg: Stark und Solidarisch. SPD-Regierungsprogramm für Hamburg) der SPD:

„Während andere Bundesländer ihre Investitionen in die Wissenschaften deutlich gesteigert haben, ist Hamburg im Bundesvergleich zurückgefallen. Wir brauchen mehr junge Menschen mit einem Hochschulabschluss. Wir werden Wissenschaft und Forschung stärken, um Hamburg zukunftsfähig zu machen.“

„Wir stehen für eine in ihrer gesamten Breite geförderte[n] Hochschullandschaft. Sie trägt wesentlich zur Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit unserer Stadt bei und sichert Wohlstand für zukünftige Generationen. Wir wollen Planungssicherheit für die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen herstellen, geknüpft an gemeinsam erarbeitete Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Hamburgs staatliche Hochschulen sollen solide finanziert sein, sehr gute Studienbedingungen bieten und in nationalen wie internationalen Vergleichen konkurrenzfähig sein.“

Die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird von den geplanten Kürzungen besonders hart getroffen:

Mit der Gründung der Fakultäten im Jahr 2005 wurde die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) in die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften integriert. Vor diesem Hintergrund konnte und musste die Fakultät zunächst keinen Struktur- und Entwicklungsplan erstellen. Heute befindet sich die Fakultät deshalb mitten in dem Generationenwechsel, den die anderen Fakultäten der Universität Hamburg in weiten Teilen bereits abgeschlossen haben. Zahlreiche Professuren sind derzeit nicht besetzt. Sie sollen im Verlauf dieses und der kommenden zwei Jahre besetzt werden (STEP-Planung 2012).

Ein Großteil dieser zur Besetzung anstehenden Professuren ist im Fachbereich Sozialökonomie angesiedelt. Dieser Fachbereich würde von den geplanten Kürzungen deshalb besonders betroffen. Das halten der Fakultätsrat und das Dekanat für inakzeptabel.

Gerade dieser Fachbereich

- bietet die Möglichkeit des Hochschulzugangs ohne Abitur
- hat einen hohen Anteil an Landeskindern unter den Studierenden
- spricht ausländische Studierende und Studierende mit Migrationshintergrund an
- bildet viele Studierende mit vorausgegangener Berufserfahrung aus.

Mit der Gefährdung des Fachbereichs Sozialökonomie widerspricht die SPD ihren eigenen Bildungs- und Ausbildungszielen.

Die Integration innerhalb der Fakultät ist seit Gründung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gut vorangekommen. Sie hat sich eine Struktur gegeben sowie Ziele und Maßnahmen für die Entwicklung der Fakultät in Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung, Gleichstellung, Internationalisierung, etc. festgelegt. Sie hat dies im Vertrauen darauf getan, dass eine Bestandszusage gilt und der STEP sowie die festgelegten Maßnahmen umgesetzt werden können.

Konkret bedeuten die geplanten Kürzungen für die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften:

Reduktion der Studienplätze

Die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bietet wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studiengänge, die für die Wirtschaftsmetropole Hamburg von herausragender und nachhaltiger Bedeutung sind.

Bei Kürzung der Mittel ist eine Reduktion der Studienplätze unvermeidlich.

Bereits jetzt sind die meisten Studiengänge der Fakultät stark nachgefragt und haben fünf bis zehnmal mehr Bewerberinnen und Bewerber als Studienplätze. Ein erheblicher Teil der Bewerberinnen und Bewerber kann nicht aufgenommen werden. Die Bildungs- und Aufstiegschancen auch für junge Hamburgerinnen und Hamburger werden hierdurch stark eingeschränkt. Der SPD-Senat widersetzt sich mit seinen Einsparmaßnahmen dem Drängen der Wirtschaft wie auch der bundespolitischen (und im Hochschulpakt II zugesagten) Forderung nach Erhöhung der Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Er verhindert eine adäquate universitäre Ausbildung zahlreicher junger Bürgerinnen und Bürger, indem er trotz doppelter Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht die Universität Hamburg zwingt, die Aufnahmekapazitäten zu senken.

Der politische Senat nimmt die Gefährdung des akademischen Nachwuchses billigend in Kauf und verschärft den Mangel an qualifiziertem Nachwuchs in der Wirtschaft.

Streichung aller über den Minimalbedarf hinausgehenden Studiengänge

Die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verfügt über ein breites Studienangebot mit vielen Spezialisierungsmöglichkeiten, das auch von Studierenden anderer Fakultäten intensiv genutzt wird und fest in der Lehramtsausbildung verankert ist. Durch die Kürzungspläne des politischen Senats ist diese Vielfalt der Wahlmöglichkeiten im Sinne der Idee einer umfassenden Bildung innerhalb der Ausbildung und über diese hinaus massiv gefährdet. Eine forschungsnah individuelle Bildung und Ausbildung der Studierenden wird unmöglich. Der persönliche Kontakt zwischen Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist durch schlechte Betreuungsrelationen gefährdet. Die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als eine der Fakultäten der Universität Hamburg mit sehr hoher Studierendenzahl möchte jedoch das Studium nicht auf das „Einpauken“ grundlegender Lehrbuchinhalte in Großveranstaltungen reduzieren. Sie setzt sich für nachhaltiges Lehren und Lernen ein.

Der Bachelor-Studiengang Sozialökonomie, der das Studium ohne Abitur ermöglicht, ist auf Grund der Vielzahl der aktuell zu besetzenden Professuren in diesem Fachbereich besonders gefährdet. Würde dieser wegfallen, bedeutet dies einen Bruch des WiSo-Gesetzes aus dem Jahr 2005, in dem die Fortführung des BA Sozialökonomie festgeschrieben ist. Seine Streichung würde die

herkunftsunabhängigen Bildungs- und Aufstiegschancen, denen sich die SPD verschrieben hat, massiv einschränken. Eine massive Einschränkung der Studienmöglichkeiten ohne Abitur steht im Widerspruch zu der Idee des lebenslangen Lernens.

Schließung eines Fachbereichs oder massive Reduktion der Professuren aller Fachbereiche

Die Kürzungspläne des politischen Senats erfordern die massive Reduktion der Anzahl der Professuren in der Fakultät. Die Abdeckung der grundlegenden Lehr- und Forschungsbereiche der Fakultät ist hierdurch gefährdet. Der gezielte Ausbau national wie international sichtbarer Forschungsschwerpunkte ist faktisch unmöglich. Es besteht die Gefahr, dass exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in andere Bundesländer oder ins Ausland abwandern. Die Konkurrenzfähigkeit bei der Gewinnung exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland ist nicht mehr gegeben. Der Wissenstransfer aus der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in die Wirtschaft und die Gesellschaft wird stark eingeschränkt.

Der politische Senat gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung des Standorts Hamburg, da er in einer Wissensgesellschaft die Gewinnung exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verhindert. Er nimmt eine Benachteiligung Hamburgs gegenüber anderen nationalen wie internationalen Standorten billigend in Kauf.

Gefährdung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Stellen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen-Stellen für Doktoranden und Habilitanden sowie Juniorprofessuren, unterliegen einem regelmäßigen Neubesetzungsturnus von in der Regel 3 Jahren bei Doktoranden und 5 bis 6 Jahren bei Habilitanden und Juniorprofessuren. Auf Grund der Tatsache, dass sie nicht auf Lebenszeit besetzt werden, sind sie von schnell umzusetzenden Budgetkürzungen besonders hart betroffen.

Wenn am wissenschaftlichen Nachwuchs gespart wird, liegen die Talente einer ganzen Generation junger Hamburgerinnen und Hamburger sowie auswärtiger Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler brach. Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft wird mutwillig gefährdet, denn der Wissenstransfer in die Gesellschaft und die Wirtschaft kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Wissenschaft sich stetig durch die Rekrutierung exzellenten Nachwuchses selbst erneuert und innovativ bleibt. Mit der Gefährdung des wissenschaftlichen Nachwuchses gefährdet der Hamburger Senat auch die Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Institutionen.

Einschnitte in der Forschungsförderung

Das Einwerben von Drittmitteln ist an die Berufung und systematische Unterstützung hochrangiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gebunden. Es erfordert zudem finanzielle Unterstützung aus den Haushaltsmitteln der Fakultät und Universität: Die Wissenschaftler/innen benötigen Räumlichkeiten und Arbeitsplätze, die die Universität zur Verfügung stellt. Große oft fakultätsübergreifende Projekte sind auf einen koordinierenden Verwaltungsunterbau angewiesen, der es den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglicht, sich auf ihre Forschung zu konzentrieren.

Sollten die Kürzungspläne des politischen Senats umgesetzt werden, kann die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eine solche Unterstützung nicht mehr leisten. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Professuren und ganze Forschungsschwerpunkte (wie zum Beispiel Nachhaltigkeit, Unternehmensethik, Globalisierung,

Marketing, Medien, Schiffsfinanzierung, Gesundheitswesen, Klima etc.) nicht vorangetrieben werden können oder abwandern. Damit würde der Forschungsstandort Hamburg dauerhaft beschädigt.

Einschnitte im Service für Studierende und Wissenschaftler/innen

In den vergangenen Jahren hat die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften den Service für Studierende und Wissenschaftler/innen systematisch verbessert. Zahlreiche Aufgaben wurden von der Selbstverwaltung in die reguläre Verwaltung verlagert. Arbeitsbelastung wurde sichtbar gemacht, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entlastet. Der Studierendenservice wurde deutlich optimiert, sodass den Studierenden nun während ihres gesamten Studiums Beratung und Betreuung durch hauptamtliche Verantwortliche zur Verfügung steht. Studienabbrüche können so verhindert und Studienzeiten verkürzt werden (ein nachhaltiger Beitrag zur Kostensenkung).

Der Rückbau dieser Strukturen bedeutet die Erhöhung des Verwaltungsaufwands für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie werden weniger Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben, die Forschung und die Lehre, haben. Die Studierenden erhalten weniger Betreuung. Ihre Chancen, schnell und erfolgreich zu studieren, sinken.

Der Fakultätsrat und das Dekanat der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften fordern den politischen Senat auf, die Kürzungspläne unverzüglich zurück zu nehmen und der Bürgerschaft einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der die Wissenschaft fördert und ausbaut, anstatt sie zu ruinieren.

Fakultätsrat und Dekanat der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unterstützen nachdrücklich die Bemühungen des Präsidiums, die katastrophale Entwicklung abzuwenden und begrüßt die beschlossenen Sofortmaßnahmen der Universität.

Der Fakultätsrat und das Dekanat der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften fordern die Mitglieder der Bürgerschaft auf, keinerlei Kürzungsplänen des Senats für den Wissenschaftsbereich zuzustimmen.

Die Zukunft der jungen Bürgerinnen und Bürger der Stadt macht es notwendig, aus der Mitte der Bürgerschaft heraus eigene Konzepte für die Entwicklung der Wissenschaft in der Freien und Hansestadt Hamburg zu entwerfen.

Die Universität hat in den vergangenen Jahren unter größten Anstrengungen daran gearbeitet, ihr Profil zu schärfen, ihre Leistungen kontinuierlich zu erweitern und sich als internationaler Wissenschaftsstandort weiterzuentwickeln.

Diese Anstrengungen dienen in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Sie dürfen nicht zunichte gemacht werden, denn die zukünftige Konkurrenzfähigkeit des Standortes Hamburg beruht zu einem erheblichen Teil auf der qualitativ anspruchsvollen Wissenschaft. Nur so ist die Bildung und Ausbildung der nächsten Generation gewährleistet. Nur so kann die Innovationsfähigkeit der Hamburger Unternehmen auf der Basis grundlagen- und anwendungsbezogener Forschung sichergestellt werden.

Wir wehren uns in Solidarität mit den anderen Hamburger Hochschulen mit allen gebotenen Mitteln. Treten Sie mit uns für die Zukunft der Freien und Hansestadt Hamburg ein!

Einstimmig verabschiedet am 18.5.2011